

Antrag 219/I/2025**AG Selbst Aktiv Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:**

Mehr Unterstützung bei der Umsetzung von Diversität, Chancengleichheit und Inklusion im wirtschaftlichen, privaten und öffentlichen Raum

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Senatsverwaltung und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, Berliner Unternehmen in ihren Absatzmärkten als auch zivilgesellschaftliche Organisationen in ihren Kooperationen in außereuropäischen Staaten, in denen ein Kulturkampf gegen die Förderung von Diversität, Chancengleichheit und Inklusion im wirtschaftlichen, privaten und öffentlichen Raum stattfindet, zu unterstützen und zu stärken.

10

11 Wir fordern erstens insbesondere von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe dafür Sorge zu tragen, dass in Berlin ansässige und agierende Unternehmen in ihren Zielen und Maßnahmen nach betrieblicher Inklusion und Gleichstellung nicht nachlassen. Durchgeführt werden soll

17

- 18 • ein öffentliches Fachsymposium insbesondere für exportorientierte Berliner Unternehmen mit dem Ziel der Vermittlung von mehr Sicherheit bei der in Deutschland / Berlin geforderten Umsetzung von Inklusions- und Gleichstellungsmaßnahmen
- 23 • die Prüfung der Einrichtung einer rechtlichen Beratungsstelle- ggf. zusammen mit Wirtschaftsverbänden, Kammern, etc. - für von diesbezüglich bedrohten bzw. betroffenen Unternehmen.

27

28 Wir fordern zweitens von allen sozialdemokratisch geführten Senatsverwaltungen die Ermutigung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Kooperationspartner*innen ebenso wie die von ihnen geförderten international agierenden Vergabe- und Zuwendungsempfänger*innen zu einem weiterhin demokratischen, inklusions- und gleichstellungsorientierten Agieren. Vorgeschlagen wird

35

- 36 • die Initiierung eines nicht-dotierten Preises für zivilgesellschaftliche Organisationen, Initiativen und Projekte für die Fortführung bzw. Initiierung von Kooperationen mit den Zielgesellschaften in den entsprechenden außereuropäischen Staaten.

41

Begründung

43 Unter anderem seit den Trump'schen Forderungen nach Streichung von innerbetrieblichen Maßnahmen zur Förderung von Diversität, Chancengleichheit und Inklusion auch für im Ausland (Berliner) ansässige Unternehmen ist deutlich, dass diesem Kulturkampf gegen „Wo-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 keness“ (=aufmerksam gegenüber Vorurteilen und Diskri-
49 minierung) intensiv gegengewirkt werden muss. Die Ber-
50 liner Politik muss für alle Politikfelder deutlich machen,
51 dass sie an den politischen Prinzipien der Inklusion und
52 Gleichstellung aktiv festhält. Wir dürfen es nicht zulassen,
53 dass Trump und seine Anhänger*innen oder auch Parteien
54 in Deutschland mit dem menschenunwürdigen Narrativ
55 durchkommen, Diversität, Chancengleichheit und Inklu-
56 sion seien diskriminierend und unvereinbar mit der Leis-
57 tungsgesellschaft.

58
59 Kein Berliner Unternehmen sollte auf Maßnahmen der In-
60 klusion, Antidiskriminierung und Gleichstellung verzich-
61 ten. Gerade angesichts der notwendigen Fachkräftesiche-
62 rung und -bindung sind entsprechende betriebliche Maß-
63 nahmen unabdingbar. Es gilt zu verhindern, dass Berliner
64 Unternehmen aus Sorge um ihre Absatzmärkte auf ent-
65 sprechende Maßnahmen verzichten. Denn: Berliner Un-
66 ternehmen exportierten in 2023 Produkte im Warenwert
67 von 1.529.812 Euro (in 2022 im Wert von 1.569.189 Euro)
68 in die USA. Damit stand die USA auf Top 1 der Liste der
69 Berliner Absatzmärkte für Warengruppen wie z.B. Ma-
70 schinen, Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse, Elek-
71 trische Ausrüstungen, Datenverarbeitungsgeräte, (elek-
72 tronische und optische Erzeugnisse), Sonstige Fahrzeuge,
73 Nahrungsmittel und Futtermittel, Chemische Erzeugnis-
74 se, Kraftwagen und Kraftwagenteile, Metallerzeugnisse
75 und Metalle.

76
77 Auch bei entsprechenden Kooperationen zivilgesell-
78 schaftlicher Organisationen hat das Berliner öffentlich-
79 rechtliche Handeln durch die öffentliche Verwaltung,
80 landesunmittelbare öffentlich-rechtliche Körperschaf-
81 ten, Anstalten und Stiftungen des Landes Berlin zu
82 gewährleisten, dass niemand aufgrund von Geschlecht,
83 ethnische Herkunft, rassistische Zuschreibung, antisem-
84 tische Zuschreibung, Sprache, Religion, Weltanschauung,
85 Behinderung, chronischen Erkrankung, Lebensalter, se-
86 xuelle Identität, geschlechtliche Identität sowie sozialer
87 Status benachteiligt wird.